

## „Am Atomausstieg festhalten“

SPD-Abgeordneter Rainer Arnold hält Kernenergie-debatte für eine „Farce“

Aber nicht nur bei der Atomlaufzeit gibt es unterschiedliche Ansichten, auch bei der Besteuerung der Atomkraftwerksbetreiber droht das Chaos. Die sogenannte Brennelementesteuer ist innerhalb der Regierungsparteien umstritten. Diese soll pro Jahr 2,3 Milliarden Euro einbringen. „Die SPD begrüßt die Pläne einer Brennelementesteuer, doch diese darf nicht an die Laufzeiten der Atomkraftwerke geknüpft werden“, so Arnold.

Atomstrom bremse zudem die erneuerbaren Energien aus, da eine Kompatibilität beider Energieversorgungsarten nicht gewährleistet sei. „Was passiert nun, wenn die Atomkraftwerke länger laufen oder neue Kohlekraftwerke gebaut werden? Es führt zu einem Überangebot an Strom aus Kraftwerken, die für hohe Volllaststunden ausgelegt sind. Es droht ein Systemkonflikt zwischen dem Bedarf an flexiblen Einspeisemöglichkeiten und den inflexiblen Kraftwerken“, warnt der SPD-Mann.

Solle man es wirklich mit der Energiewende ernst meinen, so müsste man auch in Zukunft die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt stellen, was bedeuten würde, dass in den Ausbau von Stromspeicher und in regenerative Kombikraftwerke investiert werde. So könne man auch in Zukunft die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit gewährleisten.

**NÜRTINGEN (pm).** Seit dem Wochenende sei der Zwist um die Atompolitik der Regierung und insbesondere die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke neu aufgeflammt, teilt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold in einer Presserklärung mit. So sickerte durch, dass es geheime Gespräche zwischen den großen vier Stromkonzernen sowie Staatssekretär Werner Gatzler aus dem Bundesfinanzministerium gegeben haben soll und bereits ein Kompromissvorschlag im Gespräch sei. Noch dementiert die Bundesregierung dies und verweist auf die baldigen Ergebnisse des Gutachtens über die möglichen Energieszenarien. Erst Ende September möchte Schwarz-Gelb ein Energiekonzept vorstellen.

„In Wahrheit ist das Energiekonzept eine Farce, die Laufzeitverlängerung ist doch längst durch“, so Arnold. Bereits jetzt zeige sich, dass innerhalb der Regierung tiefe Gräben verlaufen, doch es werde eher über die Dauer der Verlängerung als die Beibehaltung des Atomausstiegs diskutiert. Auf der einen Seite stehen die Atombefürworter, allen voran Baden-Württembergs Ministerpräsident Mappus, der sich zusammen mit seinen Kollegen aus Bayern und Hessen für eine Verlängerung von 15 Jahre ausspreche, und auf der anderen Seite Bundesumweltminister Norbert Röttgen, Ministerpräsident David McAllister aus Niedersachsen und Ministerpräsident Peter Müller aus dem Saarland, die sich für eine moderate Verlängerung aussprechen. Es sei nicht weiter verwunderlich, wieso die Südländer auf die Verlängerung der Laufzeiten drängen. Dort stünden alleine 11 der 17 Atomkraftwerke Deutschlands. Letztlich gehe es den Energiekonzernen um ihre Gewinne. Laut der Landesbank Baden-Württemberg würde bei einem Strompreis von 52 Euro pro Megawattstunden bei zehn Jahren Verlängerung ein Zusatzgewinn von zirka 44 Milliarden Euro herauspringen. „Die SPD wird einer Verlängerung auf keinen Fall zustimmen“, ist sich Arnold sicher. „Wir fordern die Regierung auf, am Atomausstieg festzuhalten. Die Mehrheit der Bürger will keine Laufzeitverlängerung.“